

ERWIN ZANGERL

Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Herrn Vizekanzler
Dr. Reinhold Mitterlehner
reinhold.mitterlehner@bmfwf.gv.at

30. Juni 2015

Betritt: **Steuerreform**

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, lieber Reinhold!

zunächst wollte ich dir danken, dass du als Parteiobmann die längst überfällige Lohnsteuer-Senkung unterstützt und mit dem Koalitionspartner erfolgreich umgesetzt hast.

Ich bin überzeugt, dass dies eine wesentliche Belebung der Inlandsnachfrage nach sich ziehen wird. Denn, wenn es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut geht, dann geht es auch der Wirtschaft gut.

Womit wir uns jedoch keineswegs abfinden können, sind drei Punkte im Rahmen der geplanten Gegenfinanzierung, die außerdem völlig konträr zu den Prinzipien der ÖVP stehen.

Kalte Progression: Sie muss endlich abgeschafft werden! Diese Forderung ist absolut legitim, weil jede Lohnsteuer-Senkung bereits in wenigen Jahren durch Lohnerhöhungen, steigende Inflation und geänderte Steuerklassen verpufft. In zahlreichen OECD-Ländern gibt es die automatische Inflationsabgeltung. Warum kann diese nicht auch bei uns eingeführt werden? Noch dazu passt ja der Bund jährlich wichtige Gebühren und Abgaben nach dem Inflationsindex nach oben an (z. B. Autobahnvignette).

Topfsonderausgaben: Die geplante Abschaffung der Topfsonderausgaben wurden zwar geringfügig nach hinten verschoben, dennoch ist dieses Signal an

unsere Stammwähler fatal:

War und ist es doch gerade der Mittelstand, der sich mit viel Arbeit, Entbehrungen und persönlichem Einsatz Eigentum in Form eines Häuschens oder einer Wohnung geschaffen hat. Diese Gruppe wird durch die Streichung der Sonderausgaben steuerlich arg bestraft. Ebenso jene Familien, die im Bereich der Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung vorausschauend vorsorgen wollten. Davon betroffen sind auch künftige Vorsorgemaßnahmen und Planungen bei der Bildung von Eigentum. Das läuft auch völlig deiner Forderung nach Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen zuwider.

Grunderwerbsteuer: Die größte Ungerechtigkeit tut sich bei der Grunderwerbsteuer auf. Wiederum werden diejenigen Bürgerinnen und Bürger steuerlich bestraft, die sich im Laufe harter Arbeitsjahre oft unter größten Entbehrungen ein Haus oder eine Wohnung erspart haben. Ich halte diese Vorgangsweise von Seiten der ÖVP aus dreierlei Gründen für höchst bedenklich und leistungsfeindlich:

Erstens entspricht sie einer antiquierten SPÖ-Ideologie. Belohnt werden diejenigen Österreicher, vornehmlich Wiener, die für sich und ihre Kinder rechtzeitig eine günstige Mietwohnung im Sozialbau ergattert haben. Die Dummen sind diejenigen, denen der Eigentums- und Leistungsgedanke wichtig war und ist, und die etwas für die nächste Generation schaffen wollen.

Zweitens werden in dieser Konstellation die westlichen Bundesländer massiv benachteiligt, weil die Grundstücke in Salzburg, Tirol und Vorarlberg bis zu siebenmal teurer sind, als in den Gunstlagen im Osten unseres Landes.

Drittens wird die geplante Änderung zu einer noch größeren Ungleichbehandlung zwischen Bürgern, Unternehmern und Bauern führen. Die Privaten unterliegen kompliziertesten Schätzungen (samt immenser Gutachter- und Steuerberaterkosten), die Unternehmer wurden gedeckelt und die Bauern genießen nach wie vor den spottbilligen Einheitswert.

Du wirst verstehen, dass wir diese Ungleichbehandlung im Interesse der Betroffenen notfalls auch gerichtlich bekämpfen werden. Laut Aussagen von Experten könnte ein positives Urteil das Ende des Einheitswerts für die Bauern darstellen, einer weiteren Berufsgruppe neben den Unternehmern, der sich die ÖVP ja besonders eng verbunden fühlt.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, lieber Reinhold: Bei diesen angeführten drei Punkten reiben sich die politischen Mitbewerber bereits jetzt die Hände, weil die oben geschilderten Verschlechterungen genau das ÖVP-Stammklientel treffen werden.

Wir als AAB- und FCG-Vertreter des Arbeitnehmerflügels in der ÖVP haben uns im Vorfeld der Lohnsteuer-Senkung als Gegenfinanzierung für eine Millionärssteuer für die reichsten oberen Zehntausend stark gemacht. Herausgekommen ist nun eine Vermögenssteuer für den Mittelstand und zwar für

die fleißige Gruppe von mehr als zwei Millionen Österreichern!

Das kann wohl kaum im Interesse der Volkspartei sein. Du hast dich immer massiv gegen die deiner Meinung nach eigentumsfeindliche Besteuerung der Millionäre ausgesprochen. Jetzt nimmst du in Kauf, dass eine Vermögenssteuer für den Mittelstand in Österreich eingeführt wird!

Diesen Eingriff in das persönliche Eigentum hat es übrigens nicht einmal in der ehemaligen DDR gegeben. Selbst dort waren Erbfälle und Übergänge zwischen Eheleuten und Kindern bei der Grunderwerbsteuer nicht steuerpflichtig. Das würde doch eine praktikable Regelung und ein vernünftiger Kompromiss für alle Beteiligten darstellen.

Ich ersuche dich daher dringend, diese drei Punkte nochmals zu überdenken, und sie im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ändern. Vor allem der Mittelstand würde dies zu schätzen wissen. Denn - um mit deinen Worten zu sprechen - Leistung und Eigenverantwortung sollen sich lohnen und müssen in Österreich wieder gestärkt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Erwin Zangerl', with a stylized flourish at the end.

(Erwin Zangerl)